

Mehr Prävention gegen religiösen Fanatismus

Sozialbehörde will Beratungsangebot „Kitab“ ausbauen / Angebot wird stark nachgefragt

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Die vorbeugende Arbeit gegen religiösen Fanatismus soll in Bremen ausgebaut werden. Der Senat wird voraussichtlich am Dienstag beschließen, im kommenden Jahr rund 120 000 Euro für das Beratungsangebot „Kitab“ bereitzustellen. Es ist beim Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (Vaja) angesiedelt und wendet sich an junge Menschen, die in religiös begründeten Extremismus abzugleiten drohen, aber auch an deren Angehörige sowie Lehrer und Betreuer in Flüchtlingsunterkünften. „Kitab“ betreibt auch klassisches Streetworking und sucht aktiv den Kontakt zu Jugendlichen in deren alltäglichem Umfeld.

Der Bedarf an dieser Art von Sozialarbeit steigt kontinuierlich. Bremen gilt als eine der Hochburgen des militanten Islamismus und Salafismus. „Bei Anfragen an ‚Kitab‘

sind erhebliche Wartezeiten selbst für betroffene Einzelpersonen beziehungsweise Angehörige zu verzeichnen“, heißt es in einer Vorlage für die Senatssitzung. „Auch die besorgniserregenden Entwicklungen, die jüngst zu Anschlägen in anderen Städten der Bundesrepublik Deutschland geführt haben, unterstreichen den Bedarf für die Angebote von ‚Kitab‘.“ Die personelle Ausstattung des Projektes ist – gemessen an den Herausforderungen, denen es begegnen soll – bisher dürftig. Nach Angaben der Sozialbehörde sind mit den 60 000 Euro, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zahlt, lediglich 45 Wochenstunden abgedeckt. Und sogar dieses Volumen ist gefährdet, denn das BAMF stellt seinen Zuschuss zum Ende des Jahres ein. „Das Angebot würde dann ersatzlos wegfallen, und die bei Vaja aufgebaute Kompetenz ginge verloren, obwohl salafistische/islamistische Strömungen im Land Bremen vergleichs-

weise stark sind“, wie in dem Senatspapier hervorgehoben wird. Die Sozialbehörde hat sich deshalb dafür stark gemacht, dass das Land nicht nur den auslaufenden BAMF-Anteil übernimmt, sondern die bisher eingesetzten Mittel deutlich aufstockt, so dass für die Arbeit von „Kitab“ eine zweite Vollzeitstelle geschaffen werden kann.

Ziel des Präventionsprojektes ist es nach den Worten von Bernd Schneider, Sprecher der Sozialbehörde, bei den betroffenen Jugendlichen einen „langfristigen Sinneswandel“ zu bewirken, sie wieder für die Grundwerte einer pluralistischen Gesellschaft zu gewinnen. „Kitab“ bemüht sich deshalb auch um soziale Integration etwa durch berufliche Praktika, um der Abkapselung von der Gesellschaft und dem Rückzug in religiöse Strukturen entgegenzuwirken. Seit dem Start im Jahr 2012 hat sich „Kitab“ laut Schneider um rund 250 Jugendliche gekümmert.